

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danziger Pfennig

Bezugspreis monatlich 1,50 Gulden, wöchentlich 0,38 Gulden.
Postbezugspreis 1. November 700000 M., Schlüsselschlüssel frei.
Anzeigen: die 4. Spalte, 1. Zeile 0,30 Gulden, 2. Zeile 0,25 Gulden.
Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 263

Freitag, den 9. November 1923

14. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6.
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: für Schriftleitung 720,
für Anzeigen, Annahme, Zeitungs-
bestellung und Druck auch 3290.

Der deutschnationale Währungsschwindel.

Von allen deutschen Reichstagswahlen haben die sogenannten Septenatswahlen von 1887 den traurigen Ruhm, daß bei ihnen am meisten gelogen wurde. Es ging damals um die von Bismarck geforderte Vermehrung des Heeres, auf die sich die Mehrheit des Reichstages nicht für sieben Jahre hatte festlegen wollen. Bismarck und seine Regierungsparteien, die Konservativen und National Liberalen, arbeiteten mit allen Mitteln der Lüge, um im neuen Reichstag die Mehrheit zu erhalten. Das Volk wurde mit den gruseligsten Geschichten überhäuft, daß vom Ausbruch der Wahl die Frage über Krieg oder Frieden abhängt. Bekämen die Regierungsparteien die Mehrheit, so sei der Friede gesichert. Einen Sieg aber der die Rüstungen ablehnen, den Opposition, würden die Franzosen und Russen sofort benutzen, um Deutschland zu überfallen. Das versuchte man sogar in schreienden Bildern den Wählern klar zu machen. Es war ein deutsches Anzeichen zu sehen, das von französischer und russischer Soldateska in Brand gesteckt und geblüht wurde, nur weil die Opposition gestimmt hatte. Diese verwerfliche Agitationsmethode blieb nicht ohne Wirkung. Die Konservativen und National Liberalen erhielten die Mehrheit und mit dem Tage war auch die angebliche Kriegsgefahr verschwunden, von der vorher in reaktionären Blättern soviel die Rede gewesen war. Die Rechnung aber wurde dem deutschen Michel, der sich durch die Wählerwahl-Propaganda der Reaktion hatte betören lassen, prompt überreicht: Steuern und Zölle wurden auf ein schier unerträgliches Maß hinaufgeschraubt.

Warum wir diese historische Erinnerung hervorheben? Bei den diesmaligen Reichstagswahlen versuchen die Deutschnationalen mit demselben Mittel zu arbeiten. Es ist diesmal die Währungsfrage, mit der sie die Wähler einschüchtern wollen. Ihre reaktionäre und wucherische Bürgerblockpolitik den Wählern als Muster deutschnationaler Regierungspolitik hinzustellen, ist nicht gut angängig. Die vierjährige Rezession war so geschaffen, daß man damit wohl die Zufriedenheit einiger Großgrundbesitzer erringen kann, aber nicht die der Masse der Wähler, die man jetzt unbedarft braucht. Aber wozu ist Bismarck der Held der Deutschnationalen? Er hat doch keine großen Taten zu rühmen, die sie es doch wenigstens mit der Wahrheit vergleichen könnten. Und so ziehen die Deutschnationalen, die sich als „sozialistische“ und „sozialistische“ darstellen, die Sozialdemokratie her, um die Wähler zu täuschen. Die Sozialdemokratie sei vorerst einer solchen Reform gewogen. Die Sozialdemokratie sei vorerst einer solchen Reform gewogen. Die Sozialdemokratie sei vorerst einer solchen Reform gewogen.

Es ist natürlich, daß die Deutschnationalen und ihr zentristisch-deutsches Parteiwesen in der Währungsfrage nicht anders verfahren werden, als bei der Reichstagswahl von 1887. Sie werden die Wähler mit Lügen und Schwindel täuschen. Sie werden die Wähler mit Lügen und Schwindel täuschen. Sie werden die Wähler mit Lügen und Schwindel täuschen.

Zuletzt wollen wir noch ein Wort sagen. Mit dem Schwindel, daß die Deutschnationalen stets für die Danziger Währungsreform eingetreten seien, steht eine Währungsreform der deutschnationalen Abg. Grube in trügerischem Widerspruch. Dieser Redner der deutschnationalen Volksfraktion sprach sich ganz entschieden gegen eine Währungsreform in Danzig aus. Er führte anlässlich einer großen Anfrage über die Einführung einer Danziger Währung folgendes aus:

Wir haben klipp und klar auf dem Boden, daß die Einführung einer eigenen Danziger Währung unter keinen Umständen in Frage kommen kann. Wir brauchen in allen Fällen den weiteren Bestand der deutschen Währung zur Erhaltung unseres Wirtschaftslebens in Danzig. Wir müssen sie behalten und müssen verlangen, daß im In- und Auslande darüber Klarheit herrscht, daß im Gebiet der Freien Stadt Danzig unerschütterlich und unverschieblich die deutsche Reichsmark bestehen bleibt. Es ist für unser Wirtschaftsleben, für unseren Handel, Gewerbe und Industrie und damit auch für unsere gesamte wirt-

schafliche Fortentwicklung eine Lebensnotwendigkeit, daß wir die Reichsmark in der heutigen Form beibehalten, ebenso ist es für unser Wirtschaftsleben notwendig.

Der Finanzminister Dr. Wolff hat in seiner Rede hierzu: Herr Abg. Grube (Deutschn.) hat gesagt, unverrückbar und unveränderlich hänge die gegenwärtige (d. h. die deutsche) Währung für uns fest. Ich glaube dieses Wort im Namen der Regierung annehmen zu dürfen und annehmen zu müssen. Wir werden bei der Reichsmark bleiben. Jede andere Lösung würde schädlich sein und Danzig schweren Gefahren aussetzen.

Das Verdienst nur die Einführung der eigenen Danziger Währung gebührt außer einigen bürgerlichen Währungsfreunden, die aber bei keiner bürgerlichen Partei mit ihren Ideen Anklang fanden, einzig und allein der Sozialdemokratie. Bereits im Jahre 1920 veröffentlichte die „Danziger Volksstimme“ einen Artikel, in dem die Schaffung einer eigenen Danziger Währung gefordert wurde. Dieser Vorschlag wurde aber damals von den gesamten bürgerlichen Parteien abgelehnt. Auch im Volkstempel war es einzig und allein die Sozialdemokratie, die für die Schaffung einer eigenen Danziger Währung eintrat. Schon vor Jahresfrist erklärte bei der Stadtverwaltung der Abg. Gen. Gehl: „Ich bitte, doch nicht mit der Einführung der neuen Währung zu warten. Dieses Problem muß gelöst werden.“ Aus weiteren stenographischen Protokollen des Volkstages seien noch zwei Stellen wiedergegeben, die da beweisen, daß einzig und allein die Sozialdemokratie immer und immer wieder den Bürgerblock antreiben mußte, die Währungsreform endlich in die Hand zu nehmen.

Abg. Kahn sagte in einer Rede anlässlich eines Besuchs im Reichstag: Erklärung von Stadtratsrat zum Reichstag. „Weshalb wird die Danziger Regierung denn die Frage des Währungsproblems hier in Danzig nicht auf? Diejenigen Leute, die nach der Abtrennung Danzigs vom Deutschen Reich die Verantwortung hier übernehmen, die sind schuld daran, daß bis heute nichts geschehen ist.“ Nachdem Danzig vom Deutschen Reich abgetrennt und unter die Verwaltung des Oberkommissars Tower gestellt worden

war, bestand die Möglichkeit, in Danzig eine stabile Währung mit Garantie eines auswärtigen Staates einzuführen. Der Oberkommissar Tower hat anlässlich einer Unterrednung in der ersten Zeit seines Hierseins geäußert, er wundere sich, daß von Seiten der Danziger Bevölkerung nichts unternehmen werde, um hier eine Währung einzuführen; er würde zu seinem Teil das mögliche dazu beitragen, und er glaube sogar, daß die englische Regierung bereit sein würde, in Danzig eine stabile Währung, unter englischer Garantie zu einem fulanten Kurse einzuführen. Man hat nicht getan! Ich persönlich bin der Ansicht und auch meine politischen Freunde, daß es höchste Zeit ist, eine andere, und zwar eine stabile Währung in Danzig einzuführen. Wir können dabei nur gewinnen.“

Anlässlich der Beratung eines Gesetzes von Notgeld führte der Abg. Gen. Gehl fernerhin aus: „Der Währungsrat hat, wie Sie ja alle wissen, dem Senat der Freien Stadt Danzig den Rat erteilt, Vorschläge zu machen, die Danziger Finanzen in der Weise zu verbessern, indem sich Danzig einer Geldwährung anschließt. Ich glaube, daß auf Seiten des Senats wenig Entgegenkommen in dieser Angelegenheit besteht. Das soll uns aber nicht hindern, den Senat zu drängen, man endlich einmal die Angelegenheit von einer andern Seite anzufassen und der Danziger Bevölkerung zu sagen, wie es werden würde, wenn der Vorschlag des Währungsrates vor Danzig beachtet wird. Das ist bis jetzt nicht geschehen.“

Diese nicht wegzuleugnende Stellungnahme aller bürgerlichen Parteien gegen eine rechtzeitige Währungsreform sollte alle Wähler und Wählerinnen, die auch im Wahlkampf die Wahrheit nicht mißten wollten, veranlassen, den bürgerlichen Völkervereinigungen den Rücken zu kehren. Das sollten außer allen Arbeitnehmern, die durch die Inflation jahrelang geschädigt wurden, auch alle Kreise des Mittelstandes sein, die durch die vom Bürgerblock geleitete Inflationspolitik an den Bettelstab gebracht wurden. Die Wähler und Wählerinnen dürften sich 1923 nicht wieder so mit Schwindelmärken betören lassen, wie es 1887 der Fall war. Das aber kann nur geschehen, indem am 18. November mit den bürgerlichen Währungsablehnern und Währungsschwindlern abgerechnet wird durch einen überwältigenden

Sieg der Vereinigten Sozialdemokratie
der
Liese Gehl, Brill, Man, Kahn.

Hittlerputsch in München.

Ludendorff als Diktator. — Blutige Kämpfe zwischen Kahr und Hittler. — General v. Seeckt zum Oberbefehlshaber der Reichswehr ernannt.

In München ist es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen den blau-weißen Kahr-Monarchisten und den schwarz-weiß-roten Gardes Hittlers gekommen. Kahr hatte Mittwochabend im Bürgerbräukeller in München eine große Versammlung aller Monarchistenelemente einberufen und eine Proklamation erlassen, indem er zum tausendjährigen Male zum Krieg gegen den „Marxismus“ anrief. Die Hittlergardes wollten sich aber mit diesem trüben Putz des bayerischen Monarchistenführers nicht zufrieden geben. Sie drangen in die Reichsversammlung ein und riefen hier eine Diktatur Kahr, Hittler und Kahr aus. Auch versuchten sie die Reichsversammlung in ihre Gewalt zu bekommen. Nach verschiedenen Meldungen soll es dabei zwischen den bayerischen Regierungstruppen und den Hittlergardes zu Kämpfen gekommen sein. Darüber wird berichtet:

Stuttgart, 9. Nov. Das Reichswehrkommando 5 teilt mit: Der Kommandant von Konstanz meldet: Der General v. Seeckt und Generalstabschef v. Kahr besetzten den Unterboden. Truppen aus Südbayern sind nach München zum Kampf gegen Hittler herangezogen.

Stuttgart, 9. Nov. Das Reichswehrkommando 5 teilt mit: Unverlässliche Fernsprechnachrichten aus Bayern besagen, daß im Kampf gegen Hittler unter Seeckens und Kahr's Führung Reichswehr und Landespolizei die Kasernen und die öffentlichen Gebäude in München jetzt in der Hand haben. Reichswehr aus Südbayern ist nach München im Anmarsch. In München selbst herrscht Ruhe. An der bayerischen Grenze wird stärkste Kontrolle ausgeübt. Ausländische Nationalsozialisten und Mitglieder des Bundes Oberland sind auf Anordnung Seeckens und Kahr's festgenommen.

München, 9. Nov. Die südbayerischen Truppen sind nach München befohlen worden. Die Truppen in Nürnberg und Würzburg sollen am Orte bleiben. General v. Seeckt befindet sich in der Kaserne, während das Reichswehrkommando von den Revolutionären besetzt ist. Seeckt hofft in ganz kurzer Zeit mit dem Putz fertig zu werden.

Frankreich gegen eine Diktatur.

In einem Telegramm des Ministerpräsidenten an den französischen Botschafter in Berlin über die innerpolitische Lage in Deutschland wird hervorgehoben, daß die französische Regierung sich durchaus nicht in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einmischen wolle. Sie könne sich aber nicht gleichgültig zeigen gegenüber einer Lage, die zu einer Militärdiktatur mit der Folge einer Annulierung des Versailler Vertrages, der Einstellung der Reparationszahlungen und der Vorbereitung eines neuen Krieges führen könne. Der Botschafter solle der deutschen Regierung sagen, daß alle Wünsche der französischen Regierung auf Konsolidierung einer wahrhaften Demokratie in Deutschland, ein Pfad für den Frieden und das Gedeihen

Europas gerichtet seien. — Es wäre besser gewesen, wenn Frankreich seine Sympathie für eine deutsche Demokratie durch die Tat bewiesen hätte. Gerade der französische Imperialismus ist schuld, daß der deutsche Nationalismus einen solchen Umfang annehmen konnte.

Abwehrmaßnahmen der Reichsregierung.

Das Reichskabinett ist unter Vorsitz des Reichspräsidenten um 12 Uhr nachts zu einer Sitzung zusammengetreten. Rent „Vorwärts“ ist auch der preussische Minister des Innern Seering zu der Kabinettsitzung herangezogen worden. Der Reichspräsident hatte eine Verordnung erlassen, durch die der Oberbefehl über die deutsche Wehrmacht dem Chef der Seereschiffahrt General v. Seeckt übertragen wird. Gleichzeitig geht die vollziehende Gewalt vom Reichswehrminister auf General v. Seeckt über, der alle zur Sicherung des Reichs erforderlichen Maßnahmen zu treffen hat.

Reaktionäre Verschwörung in Ungarn

Aus Budapest wird amtlich gemeldet: Der hiesige rechtsradikale Abgeordnete Dr. Main, der gestern verhaftet worden ist, soll nach einer bei der Polizei eingegangenen vertraulichen Mitteilung mit dem bayerischen völkisch-nationalen Ausfühler eine Verbindung angeknüpft haben, um sich die Unterstützung bayerischer irredentistischer Truppen für den Fall zu sichern, daß es in Ungarn gelänge, eine rechtsrevolutionäre Regierung durch einen Putz einzusetzen. Main habe sich bereits auf der Reise nach dem Auslande befunden, er sei im Eisenbahnzuge von der Polizei verhaftet und sein Gepäck durchsucht worden. Hierbei sei der schriftliche Entwurf eines Staatsvertrages vorgefunden worden, den er mit den bayerischen Rechtsradikalen habe abgeschlossen wollen.

Die ungarischen rechtsradikalen Verbände standen schon seit längerer Zeit in enger Verbindung mit den deutschen rechtsradikalen Organisationen, und ständig hielten sich Leute Hittlers in Budapest und rechtsradikale ungarische Abgeordnete in Bayern auf. Die Hittlerleute und die Ungarn, die auch in Budapest eine gemeinsame Bank unter dem Namen Treuhänderbank hatten, finanzierten die Arbeiten der Verbände. Man hatte einen gemeinsamen Plan ausgearbeitet, wonach die Hittlerleute in Deutschland und die österreichischen Hakenkreuzler in Ungarn einrücken sollten, um den ungarischen Rechtsradikalen, die gegen Weiskopf einen besonders schweren Stand hatten, das Vordringen zu ermöglichen.

Danzigs endgültige Währung.

Ihre Sabotage durch den Bürgerblock. - Mißglückter Rechtfertigungsversuch Volkmanns.

Schwohl der Volkstag sich bis nach den Neuwahlen vertagt hatte, trat er gestern zu einer Sitzung zusammen, um die Gesetze zur Durchführung der endgültigen Danziger Währung in 1. Lesung zu verabschieden. Dabei gab Senator Dr. Volkmann, einen Heberhieb über den Gang der Währungsreform, der in erster Linie dazu bestimmt war, die gegen den Senat erhobenen Vorwürfe, daß er die Währungsreform verweigert habe, zu widerlegen. Aber Gen. Rahn konnte mit beweiskräftigem Material die Berechtigung dieser Anschuldigungen nachweisen.

Präsident Gen. Wehl eröffnete die gut besetzte Sitzung und teilte mit, daß die denkschriftliche Abg. Vossart ihr Mandat niedergelegt habe. An ihre Stelle tritt der Fabrikdirektor Kemke. Infolge Änderung des Stimmverhältnisses der einzelnen Fraktionen ist eine Neuordnung der Ausschüsse notwendig. Bei Auszählung der Ausschüsse stellt sich heraus, daß der Untersuchungsausschuß für die Vorgänge bei der Münz- und Währungsreform aus der Deutschen Partei ausgetreten und hat sein Amt als 2. Vizepräsident niedergelegt. Das Zentrum ist jetzt die stärkste Fraktion; es stellt deshalb in der Person des Abg. Spelt den 2. Vizepräsidenten.

Dann standen die Währungsgeheimnisse zur Beratung. Senator Dr. Volkmann gab dem Währungsgeheimnis einen Rück- und Ausblick mit auf den Weg. Er erklärte, was in diesem Mantelgesetz zusammengefaßt wird, sei wohl das bedeutendste, was dem Volkstag in seiner so arbeitsreichen Wahlperiode zur Beratung vorgelegt worden ist. Der Schritt Danzigs, eine eigene Währung einzuführen, bezeugt einem großen Interesse nicht nur in Danzig, sondern auch in allen Teilen der Welt. Die Währungsfrage sei in Danzig seit der Gründung der Freien Stadt niemals zum Schweigen gekommen. Bei verschiedenen Abkommen habe sie eine Rolle gespielt. Der Bürgerblock hat zwei mal delegierte nach Danzig geschickt, um das Währungsproblem hier an Ort und Stelle zu studieren. Insbesondere ist von Bedeutung die Annahme einer Kommission von Sachverständigen unter Führung der Herren Kessel und Janzen, die hier in der Zeit vom 20. Oktober bis 9. November 1921 tätig gewesen sind. Der Volkstag habe sich wiederholt mit der Währungsfrage beschäftigt. Das letzte bedeutende Gesetz über die Einführung einer wertbeständigen Rechnungseinheit sei sogar einstimmig verabschiedet worden. Das Währungsgeheimnis ist ein neutrales Gesetz, wobei ein Schlachtfeld für den Parteikampf, noch ein Laboratorium für Experimente. Andererseits ist die Heberhiebung überaus wertvoll, weil ein Kampf in Währungsfragen nicht geeignet ist, dem gemeinsamen Wohle des Staates zu dienen.

Am August 1922 habe der Senat in Genf die Währungsfrage zur Sprache gebracht. Bei der Erörterung dieser Fragen seitens des Finanzkomitees des Völkerbundes sei zu beachten, daß das Finanzkomitee sich bei seinen Untersuchungen an Ort und Stelle gegen die Währungsänderung ausgesprochen habe. Es habe dies deutlich aus den Berichten von Kessel und Janzen hervorgeht. Die Verhandlungen bezüglich einer Währungsreform seien aber immer auf einen hohen Punkt gekommen. Dieser hohe Punkt waren die Gründungsarbeiten in Danzig. Immer wieder sei erklärt worden, daß, solange nicht ein Weg gefunden würde, der die Freien Stadt aus dem Vertrag von Versailles befreite, nicht an eine Verbindung der Währungsverhältnisse in Danzig zu denken sei. Deshalb habe Danzig seine Tatigkeit darauf gerichtet, die Gründungsarbeiten beileide zu beschleunigen. Das sei erfolgreich gewesen, indem Danzig ein bedingtes Moratorium erhielt. Das Finanzkomitee des Völkerbundes hat aber Bedingungen an dieses Ansuchen gestellt. Diese Bedingungen betrafen zunächst darin, daß Danzig, bevor es an eine Währungsreform herangehen konnte, ein

Eingehen mit Polen

herstellen mußte. Diese Verhandlung sei vorangegangen. Der internationale Währungsfondit sei erst zugestanden worden, nachdem die internationalen Gläubiger die Versicherung hatten, daß Verhandlungen mit Polen auf dem Währungsgebiete durch den Vertrag ausgeschlossen waren. Anlaßgedesen ist der Vertrag mit Polen in der Form des Mantelgesetzes zur Genehmigung mitverabschiedet worden. Ueber die Einzelheiten dieses Vertrages könne man denken, wie man wolle, der Vertrag wäre notwendig, er wäre die erste Grundlage und Voraussetzung für unsere Währungsreform.

Die Voraussetzungen für eine Verbindung sind in Danzig gegeben. Von den Staatsfaktoren, in denen die Freie Stadt Danzig besteht, hat, seitdem das Jahr 1920 aus, weil es nur drei Monate umfaßt. Die Zahlen liegen vor von den Jahren 1921 und 1922. Das Jahr 1921 hat einen Heberhieb ergeben von 70 Millionen Mark, was damals 14 Prozent der Gesamtansgaben bedeutete, wenn ich Mark als Maßstab nehme. Der Heberhieb des Jahres 1922 liegt noch nicht endgültig fest, er ist aber in etwa auf 2 Milliarden Mark, was einen Prozentsatz von ungefähr 40 Prozent der etatsmäßigen Ausgaben bedeutet. Das Jahr 1923 wird voraussichtlich einen größeren Heberhieb ergeben. Dieser Heberhieb geht aber ein und allein auf die Inflation zurück. Die Staatsfinanzen sind im Gleichgewicht. Die Bedenken der Gläubiger sind auch die der Außenhandelsbilanz. Sie konnten in früheren Jahren nur annähernd festgestellt werden. Erst seit dem Jahre 1923 liegen statistische Zahlen vor. Sie zeigen, daß Danzig mit geringen Schwankungen sowohl dem Werte wie dem Gewicht nach, eine

Laurende aktive Handelsbilanz

gehabt hat. Am Goldmillionen berechnet, betragen die Ausfuhrüberschüsse in den Monaten des Jahres 1923: im Januar 5,7 Millionen, im Februar 14,5 Millionen, im März 18,1 Millionen, im April 14,5 Millionen, im Mai 18,1 Millionen, im Juni 18,1 Millionen, im Juli 23,6 Millionen, im August 23,2 Millionen, zusammen 113 Goldmillionen Ausfuhrüberschüsse in acht Monaten. Das würde auf das Jahr umgerechnet etwa 170 Goldmillionen Heberhieb ergeben, wobei allerdings der Rückgang der Konjunktur zu berücksichtigen ist. Eine aktive Handelsbilanz habe auch notwendigerweise eine aktive Zahlungsbilanz zur Folge. Bei einer aktiven Zahlungsbilanz und bei Polen, deren Staatsfinanzen die Prognose für eine Währungsreform anstellen.

Metallgeld

in beträchtlicher Höhe aufbewahrt werden soll, und zwar soll zunächst hauptsächlich Silbergeld, und zwar aus 900 Teilen Silber und 100 Teilen Kupfer in ausreichender Menge, in ausreichender Menge, mit einem Reinheitsgrad, im Verkehr haben. Banknoten sollen ausgeben werden in einem Verhältnis von 1000 Mark Metallgeld zu 1000 Mark Papiergeld.

aber nicht vom Staat. Der Staat soll überhaupt keinenlei Papiergeld selbst herstellen.

Unter den Vorarbeiten des Mantelgesetzes interessierte besonders noch die Heberhiebungsfrage. Abzählen sei jede Aufwertung, die aus Anlaß einer Währungsreform vorgenommen werden könnte. Allerdings solle die Heberhiebung des Artikels II des Mantelgesetzes nicht etwa belegen, daß die Vorschriften und Einrichtungen, die bisher getroffen worden sind, über Bord geworfen werden. Das gelte namentlich auch für die Vorschriften des Doppelvertrages, dies gilt ferner auch für die Rechtspflege, die sich mit Aufwertungsproblemen befaßt. Hier solle keine Änderung des gegenwärtigen Rechts- und Wirtschaftsstandes durch die Währungsreform herbeigeführt werden.

Zum Schluß sprach Senator Volkmann die Hoffnung aus, daß der Volkstag die Währungsfrage schnell verabschiede und daß dann der Weg der Währung nach einer kurzen Zeit der Heberhiebung von Schwierigkeiten aufwärts gehe.

Abg. Gen. Rahn:

Die Fraktion der Vereinigten Sozialdemokratie wird an den uns vorgelegten Gesetzen mitarbeiten. Wir freuen uns, daß nunmehr endlich die Finanzangelegenheiten in der Freien Stadt Danzig und damit auch die der Bürger Danzigs in geeignete Bahnen gelenkt werden sollen. Einem Gesetz aber werden wir unsere Zustimmung nicht geben, das ist das Abkommen, das der Senator Volkmann kürzlich in Genf mit der Republik Polen geschlossen hat. Nach unserer Auffassung ist dieses Abkommen vollständig unzulässig, es ist sogar schädlich, ganz abgesehen davon, daß durch dieses Abkommen ein Verrat Danzigs an die Polen erfolgt ist.

Gegen die Entschinnung der Markgläubiger.

Dem Mantelgesetz werden wir mit Ausnahme des Artikels II zustimmen, der eine Entschinnung sämtlicher Personen darstellt, die dem Staat in autem Glauben Geld gegeben haben oder die sonst jemand Mittel zur Verfügung stellten. Dieser Artikel II, der bestimmt, daß bei der Einführung der neuen Währung, also am 1. Januar 1924, alle auf Mark lautenden Forderungen zum Tageskurs umgerechnet werden. Das ist eine Prämie, die der Senat den Gläubigern ausstelt, die es bisher unterlassen, das ihnen geliehene Geld abzugeben. (Zustimmung links.) Es ist ein eigenartiges Verfahren, sich wie Herr Senator Dr. Volkmann hierherzustellen und zu erklären: Das Doppelvertragsverhältnis bleibt ja in Kraft. Was ist damit gesagt? Keinem Schuldner wird es einfallen, sich auch nur in eine Verhandlung mit seinem Gläubiger einzulassen. Die Interessenschaft von Nationen, deren Gelder in mündelreichen Banken angelegt werden konnten, werden dadurch aus der Welt geschafft. Das gleiche geschieht mit den Sparrenten und den Versicherungsprämien. Meine Fraktion wird den Artikel II unter allen Umständen ablehnen. Wir hoffen, daß sich in diesem Hause eine Mehrheit dafür finden wird, daß eine Bestimmung getroffen wird, die Verhandlungen zwischen Gläubigern und Schuldern ermöglicht, und die eine Regelung im Wege des Gerichtsverfahrens möglich macht, wenn der Schuldner böswillig ist.

Was an uns liegt, werden wir tun, um die Vorlage durch schnelle Mitarbeit schnell als möglich unter Dach und Fach zu bringen. Es ist richtig, daß auch unter ganzem Tendenz. Die Sozialdemokratische Partei und ich besonders haben seit unserer Abreise vom Völkerbund in Genf, und erst kürzlich damit wir vernünftige Währungsverhältnisse in Danzig bekommen. Bis in die letzte Zeit hinein, bis zur Reise Dr. Volkmanns nach Genf haben die die Danziger Vertreter, daß eine eigene Danziger Währung nicht möglich sei, und daß wir an der Deutschen Mark scheitern müßten. (Gen. Rahn ging dann ausführlich auf die Sabotage der Währungsreform durch den Senat und die bürgerlichen Parteien ein. Das die Sozialdemokratische Partei die Währungsreform durch den Senat und die bürgerlichen Parteien ein. Das die Sozialdemokratische Partei die Währungsreform durch den Senat und die bürgerlichen Parteien ein.)

Die Währungsabotage des Bürgerblocks.

Als vor kurzer Zeit haben die bürgerlichen Vertreter den Senat zum Vorschein gebracht. Nur nicht los von der Mark. Wir müßten bei der Mark bleiben. Wir haben versucht, weshalb sie das taten. Das große Kapital hat an der deutschen Mark Interesse gehabt, als es an der deutschen Mark verlor. Erst in dem Moment, als die Banken aufhörten, Markkredite zu geben, hatte das große Kapital das Interesse an der Mark verloren. Da war auch Herr Jewelowski für die Einführung der Währungsreform, der in Posen am 20. Januar 1923 ebenfalls zum Ausdruck gebracht hatte, daß wir bei der deutschen Mark bleiben müßten. Er brachte dort auch im Gegensatz zu den Forderungen des Herrn Dr. Volkmann zum Ausdruck, daß sich die Regierung mit keinem deutschen Gedanken trage und daß auch kein Verhandlung darüber geführt worden seien. Herr Jewelowski hat damals die Wahrheit gesprochen. Wer aber nicht die Wahrheit gesprochen hat, das ist heute Herr Senator Volkmann. Er stellte die Dinge so dar, als ob die Regierung seit Jahr und Tag das Währungsproblem geprüft und eine Lösung dieser Frage versucht habe.

Die Regierung hat alles mögliche getan, um die Einführung einer eigenen Währung in Danzig zu verhindern.

Erst als das Verlangen nach der Einführung einer solchen Währung auf Agitation der Sozialdemokraten hin in Danzig so lebhaft wurde, daß die Gesamtbevölkerung förmlich danach verlangte, hat die Regierung sich verpflichtet gefühlt, die Frage anzufassen.

Auch die Deutschen nehmen für sich in Anspruch, den Gulden ausschließlich abgeben zu haben. Sie hätten alles getan, was auf diesem Gebiete zu tun war. Wenn eine Inflation in Danzig ausbrechen würde, würde die Währung unter allen Umständen gefährdet werden, weil dann die Gläubiger der Währungskredite zurückzuführen würden. Während des Krieges hieß es: Gott strafe England. Aus dem Reichsministerium der Deutschen Fraktion wurden Schriftstücke verfaßt, in denen vor dem perfiden Albion und seinem Repräsentanten, Sir Reginald Dwyer, der von La Plata aus die Weisheit kam, auf das schärfste gewarnt wird. Jetzt erzählen diese Leute, daß die Engländer nur, wenn die Deutschen in Danzig weiter Währungsreform betreiben und das Volk weiter betrogen können, die Danziger Währung sichern wollen. (Zustimmung links.) Eine solche Verleumdung ist nicht möglich. Es ist höchst eigenartig, daß die Parteien, besonders die Sozialdemokratische Partei, die bisher stets gegen die Einführung einer eigenen Währung gewesen sind, sich jetzt so förmlich für die Sache erklären. Herr Senator Volkmann, der ebenfalls jahrelang bis jetzt die Sache sabotiert hat, nimmt jetzt alles voll für sich in Anspruch. Zunächst war es das Reparationsproblem, das angeblich die Währungsreform verhinderte, bis der Völkerbund erklärte, auf das Reparationsproblem könne er nicht warten. Es wurde erklärt: Nehmt euch an eine andere Währung an und führt die Währung durch. Jetzt geht es auch ohne das Reparations-

problem. Alle Fraktionen des Volkstages, soweit sie den bürgerlichen Parteien angehören, haben noch bis vor ganz kurzer Zeit die Ansicht vertreten, daß die Währung nicht eingeführt werden sollte, weil das Reparationsproblem der Hindernisgrund war.

Als das Reparationsproblem beseitigt war, kamen sie mit dem zweiten, neuen Problem, das war der Währungs-kredit. Jetzt hat sich herausgestellt, daß der Währungskredit absolut überflüssig ist. Die Danziger Wirtschaft bewahrt absolut, daß sie in der Lage ist, die eigene Währung zu führen. Auch das hat der Senator Dr. Volkmann immer behauptet und wegen des Kredits, der von unserer Seite nicht abgelehnt worden ist, hat Herr Volkmann in Genf die Freie Stadt Danzig in dem Währungsabkommen, wie wir der Auffassung sind, verraten und verkauft. Es lag kein Anlaß vor, Polen bei der Danziger Währungsfrage mitreden zu lassen. Eine solche Empörung war auch bei den Vertretern der bürgerlichen Parteien über dieses Abkommen vorhanden, als es bekannt wurde. Heute ist diese Empörung über dieses Schmachabkommen schon fast verfliegen, weil sie an Anordnung ihrer Regierungsmänner fehlt der Aufassung sind, daß dieses Abkommen notwendig war.

Es war nicht nötig, daß das Abkommen mit Polen geschlossen wurde, es war nicht nötig, daß die

Währung drei Jahre verzögert

wurde, sondern wir hätten sie längst in Danzig haben können, wir hätten sie haben müssen. Wir würden dadurch vermieden haben, daß wir das Geld, das Deutschland finanziell durchgemacht hat, auch in Danzig durchmachen mußten. Wir hätten vermieden, daß die Substanz des Klein- und Mittelstandes derart stark angegriffen worden wäre. Wir hätten vermieden, daß einige Großkapitale des Kapitals sich unermesslich an der Inflation in Danzig bereichert hätten, wir hätten seit Jahr und Tag ein gesundes Staatsleben, wenn wir uns von der deutschen Mark freiemacht hätten. Der Senat und die bürgerlichen Parteien haben alles getan, was möglich war, um das Zustandekommen der Währung zu verhindern, und die Danziger Bevölkerung sollte ihnen für diese gemeinen Handlungen, die sie während der drei Jahre ihrer Regierung begangen haben, in Danzig am 18. November die Quittung erteilen.

Die übrigen Parteien versicherten darauf, zu dem Gesetzgebungsausschuß Stellung zu nehmen. Ohne weitere Ausdrücke überließ das Haus die Währungsvorlage dem Hauptausschuß und vertagte sich alsdann auf unbestimmte Zeit.

Die Wahlkreiseinteilung zur Volkstagswahl

Ist die gleiche wie bei der Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung am 16. Mai 1920. Nur die Wahlkreise sind hier und da verändert. Der Danziger Stadtkreis umfaßt wiederum 128 Einzelbezirke. Dazu gehören auch ferner liegende Bezirke, wie Deutsch, Niebisch, Grafen, Weichselmündung, Saige, Preußen, Neudamm, Weichselmündung, Märkchen, St. Albrecht. Die Stadt Poppel hat 9 Bezirke, der Kreis Danziger Höhe 15, Danziger Niederung 15, das Große Werder 20 Bezirke.

Der für die Volkstagswahl 1923 gebildete Wahlkreisrat trat in öffentlicher Sitzung im Sitzungssaal des Bezirksausschusses im Regierungsgebäude zusammen. Sämtliche innerhalb der gesetzlichen Frist eingereichten Wahlvor schläge und Anträge auf Verbindung von Wahlvorlägen wurden in der Reihenfolge ihres Eingangs geprüft und unter Berücksichtigung der dabei getroffenen Rücksichtungen für an-gesetzten bzw. verbunden erklärt. Damit bestanden 19 Wahlvorläge:

- | | |
|----------------------|---|
| Wahlvoranschlag I | — Vereinte Sozialdemokratische Partei Danzigs. |
| Wahlvoranschlag II | — Deutschnationale Volkspartei. |
| Wahlvoranschlag III | — Freie Vereinigung der Beamten, Angestellten und Arbeiter. |
| Wahlvoranschlag IV | — Zentrumspartei. |
| Wahlvoranschlag V | — Vereinigung der Fischer, Räucherer, des Kleinwerkes und der Handwerker. |
| Wahlvoranschlag VI | — Deutsche Partei für Fortschritt und Wirtschaft. |
| Wahlvoranschlag VII | — Kommunistische Partei. |
| Wahlvoranschlag VIII | — Deutschnationale Partei. |
| Wahlvoranschlag IX | — Deutsch-Danziger Volkspartei. |
| Wahlvoranschlag X | — Danziger Partei für deutsche Art und Sitte. |
| Wahlvoranschlag XI | — Politische Partei. |
| Wahlvoranschlag XII | — Nationale christlich-soziale Ausgleichspartei. |
| Wahlvoranschlag XIII | — Arbeiter- und Wirtschaftspartei. |

Die Wahlvorläge II: Deutschnationale Volkspartei — V: Vereinigung der Fischer, Räucherer, des Kleinwerkes und Handwerker — einerseits und die Wahlvorläge III: Freie Vereinigung der Beamten, Angestellten und Arbeiter, VI: Deutsche Partei für Fortschritt und Wirtschaft, IX: Deutsch-Danziger Volkspartei andererseits sind verbunden worden.

Heute

Ist der fünfjährige Gedenktag der deutschen Revolution. Auch die Danziger Sozialdemokratie gedenkt dieses Tages, an dem sie, gemeinsam mit dem deutschen Volke die unheilvolle monarchistische Herrschaft des monarchistisch-militärischen Machtstingels durch eine Volksregierung ersetzte. Aus Anlaß dieses deutschwürdigen Tages findet

abends 7½ Uhr im Werftplatzehaus

eine Festversammlung statt. Genosse Dr. Rammiger wird über die Lehren des 9. November referieren.

Der Vortrag wird umrahmt von Gesangsbeiträgen der Gesangsvereine „Freier Sänger“ und „Sängertrupp“, die mit Männer- und gemischten Chören aufwarten werden.

Die Parteimitglieder werden um vollständigen Besuch der Veranstaltung gebeten. Gäste und Freunde der Partei haben Zutritt. Der Eintritt ist frei. Für alle muß die Pforte heute lauten: Auf zur

Revolutions-Gedenkfeier.

Ämtliche Börsennotierungen.

Danzig, 8. 11.

1 Dollar: 5,63 Danziger Gulden.

1 Million poln. Mark: 3,25 Danziger Gulden.

Engl. Pfund: 2½ Billionen Papiermark.

1 Dollar im Freiverkehr (mitt. 12 Uhr): 1 Billionen.

Berlin, 8. 11.

1 Dollar 630 Milliarden, 1 Pfund 2800 Milliarden Mk.

Danziger Getreidepreise vom 8. November. (Ämtlich.) Weizen 1,30—1,40 Dollar, Roggen 0,82½—0,85 Dollar, Gerste 1,00—1,10 Dollar, Hafer 0,75—0,77½ Dollar.

Der Gedenktag der deutschen Revolution!

Anfang und Vollendung!

Der 9. November, der fünfte Jahrestag der deutschen Revolution! Oder besser gesagt: des Zusammenbruchs des absolutistisch-bürokratisch-militaristischen Herrschaftsregimes, aus dem zwar noch nicht die soziale Umwälzung hervorgeblüht, aus dem vorerst nur politisch die Republik erwuchs. Solange die deutsche Arbeiterklasse nicht die politische Macht erobert hat, womit dem ganzen Volke für alle Zeiten der erlösende Festtag der sozialen Revolution geschaffen wäre, bekümmert sie sich wenigstens zur Feier des 9. November als dem Geburtstage der deutschen Demokratie.

Das schaffende Volk hat ein Recht auf den 9. November. Die Verwirklichung der Demokratie durch die Volksbeauftragten war eine Kraftleistung der deutschen Sozialdemokratie von historischer Bedeutung. Die Arbeiterklasse vollzog, was die deutsche Bourgeoisie geschichtlich verweigert und verraten — und in der Gegenwart bereits wieder als gefährlich für ihre Besitzrechte begiffen und bekämpft. Die Sozialdemokratie wußte, daß das gleiche politische Recht Schichten in die Mitbestimmung des Volkswillens einbezieht, die noch nicht von sozialistischer Erkenntnis befreit oder bürgerlich-kapitalistischem Druck zugänglich bleiben. Trotzdem legte sie die schicksalsbedeutende Volksentscheidung auf die breitesten Massen, weil nur durch Ausübung von Rechten die soziale Reise des ganzen Volkes erreichbar ist.

Fünf Jahre deutscher „Demokratie“ belehrten das Volk, daß die Sache der Bourgeoisie ob dieses Machtpruches ohne Grenzen ist. Die ganze Zeitpanne war ein ununterbrochenes und beipflichtetes Wüten der Reaktion. Morde an Arbeiterführern, Terrorismus durch die Soldateska, Kapp-Putsch, Morde an Republikanern, bauerliche Reaktionsdiktatur, Klassenjustiz, Ausblühen des Buchers, Milliardenreichtum der Besitzenden, Steuerhosen der Wohlhabenden, Bekämpfung des Achtundachtages, Diktatur des Großkapitals, Verelendung des schaffenden Volkes, Grinsen des Hungergeistes — hat je ein Volk einen gleich tolen Völlentanz auszuhalten müssen, fünf nachdem es die politische Selbstbestimmung durchgesetzt hatte und aufstehen wollte?

Die Reaktion ist nun so weit, daß sie über Staat und Volksgewalt triumphiert! Die organisierte Kapitalmacht — Zinsen — verhandelt mit auswärtigen Regierungen, diktiert der deutschen Regierung Bedingungen in Wirtschafts-, Finanz- und Steuerfragen. Und der politische Repräsentant der Kapitalmacht, die Stinnespartei, schreibt den bürgerlichen Parteien die entscheidende Haltung vor. Der nächste Schritt der organisierten Kapitalistenreaktion ist die offene terroristische Diktatur nach faschistischem Muster. Not, Elend, Verzweiflung des schaffenden Volkes sollen das Chaos herbeiführen, aus dem sich die großkapitalistische Reaktionsdiktatur als „Retter“ erheben will. Die „ernste Probe“ — also der Putsch — soll gerade an dem Jahrestage der deutschen Revolution vorübergehen.

Die deutsche sozialistische Arbeiterklasse steht wirtschaftlich, sozial und politisch vor der Existenzfrage. Sie kann die ankündigende Reaktion nur schlagen, wenn sie einig ist. Als heute vor fünf Jahren das alte System zusammenbrach, war sie gebrochen. Bruderkämpfe lähmten sie. Aber am 9. November 1918 mußte sie handeln. Und da erzwingt das Gebot der Stunde die Einigkeit. Sie war nur eine äußere. Die kurz unterbrochene Selbstzerfleischung wütete heftiger denn je. Vier Jahre mußten erst vergehen, ehe das Leben und Morden der Reaktion die Erkenntnis der Gefahr und die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien erzwang. Jetzt ist diese Einigung der

sozialdemokratischen Arbeiterklasse auch eine innerliche und wird dauern, weil die Not und die Reaktion kein Betrennmarschieren mehr erlauben und wir heißen, daß an der Einheit des deutschen Proletariats auch die Pläne der Nazis zerfallen werden.

Wir in unserem kleinen Freistaat sind nur Zuschauer der Kämpfe geworden, die sich heute um die Deutsche Republik abspielen. Wir Danziger sind ein eigener Freistaat geworden, dessen republikanische Verfassung selbst die Hafenkrenzler nicht umstürzen können, ohne damit der Selbständigkeit Danzigs selbst das Grab zu graben. Unsere Aufgabe aber muß es sein, das zu vollenden, was der 9. November begann: Die Aufrichtung der unumschränkten Herrschaft des Volkes. Möge das am 18. November durch einen überwältigenden Wahlsieg der Sozialdemokratie geschehen.



Der 9. November.

Das war ein Tag, ein kühler Tag,
der Sturm wiff durch die Aeste, die Sehnsucht sang,
da hellte sich der Himmel auf mit einem Schlag,
das war der Tag, an dem die Anschickung sprang.
Alle traten, Frau und Mann,
für die Freiheit an.
Hoch haufte die rote Fahne empor!
Das Volk trat vor.

Und Hand in Hand, wie blutige Not sie verband,
in starken Reihen, ging's wider Krieg und Thron.
Ohn' Sahacherei, eine einzige Hand,
zerstörte das Volk das Elend, die Fron.
Alle traten, Frau und Mann,
für die Freiheit an.
Hoch haufte die rote Fahne empor.
Das Volk trat vor.

Das war der Tag, des' glühende Flamme lebt,
solange noch ein Freier die freie Erde liebt.
Und wenn ein Mächtiger, die freche Hand erhebt,
soll er die Flamme fühlen, die uns den Kampfmuth gibt.
Dann treten wir, Frau und Mann,
für die Freiheit an.
Hoch haufte sich die rote Fahne empor.
Das Volk tritt vor.

Und schmieden sie neue Ketten und finnen neue Not,
die prallenden Volksansammler, die satte, freche Brut;
Heran, heran! Auf Leben oder Tod.
Heran, ihr sollt erfahren, wie teuer unser Blut.
Und alle, Frau und Mann
treten für die Freiheit an.
Hoch haufte sich die rote Fahne empor.
Das Volk tritt an, das Volk tritt vor.



Prolog der Revolution.

Während die Ereignisse des Tages einander mit einer Geschwindigkeit jagen, an die man sich immer noch nicht recht zu gewöhnen vermag, empfindet man von Zeit zu Zeit mit gesteigerter Sehnsucht das Bedürfnis, aus der Vergangenheit auf die Gegenwart und aus ihr auf die Zukunft zu schließen. Man hat Geschichte das Prophezeien in die Vergangenheit genannt, und Zukunftsverkündungen sind dem forschenden Geist noch unendlich viel schwieriger zugänglich, weil der Fehlerquellen zu viele sind, und doch sind gerade wir Sozialisten in der erfreulichen Lage, einen Maßstab für die Einwertung der Zukunft in Händen

zu haben, der den Anhänger der bürgerlichen Weltanschauung verfallen bleiben muß: Die materialistische, oder besser die historisch-ökonomische Weltanschauung.

Es ist in den letzten Jahren viel an dem großen Bau gearbeitet worden, den die Theorien der Sozialismus errichtet haben, und man sagt ihren Mauerwerk nichts Böses zu, wenn man offen gesteht, daß mancher Stein vor der prunkenden Hand nicht standzuhalten vermochte. Vielleicht dürfen wir uns gerade dann, wenn wir Dialektik im marxistischen Sinne treiben, mit um so berechtigterem Stolz als Erben marxistischer Weltanschauung bezeichnen, weil wir die Geschichte dialektisch, nicht aber vom Standpunkt der konservativen Beharrung aus, ansehen.

Zu keiner glänzenden, auch heute noch überaus lehrreichen Zehnteil „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ sagt Karl Marx einmal folgendes:

„Bürgerliche Revolutionen, wie die des 18. Jahrhunderts, stürmen rascher von Erfolg zu Erfolg, ihre dramatischen Effekte überbieten sich, Menschen und Dinge scheinen in Feuerbrillen gefaßt, die Effekte in der Zeit jedes Tages; aber sie sind kurzlebig, bald haben sie ihren Höhepunkt erreicht, und ein langer Regenhammer ergießt die Gesellschaft, ehe sie die Reinkarnation ihrer Trag- und Sturmperiode nüttern sich aneignen lernen.“

Prüfen wir an der Hand dieser Begriffsbestimmung die deutsche Novemberrevolution, so stellen wir fest, stellen es freudig fest, daß sie mit dem Charakter einer bürgerlichen Revolution nicht das mindeste gemein hat. Da war nichts zu spüren von Manifest oder Effekte, nichts von Höhepunkten oder überbühnenden Elementarereignissen, nichts von dramatischen Effekten oder epochenmachendem Wendepunkt: die deutsche Revolution ging einen andern Weg. Prüfen wir, ob auf sie die weiteren Worte von Karl Marx zutreffen, in denen er folgende Charakteristika entwirft:

„Proletarische Revolutionen dagegen, wie die des 19. Jahrhunderts, kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eignen Lauf, kommen auf das Scheitern vollbracht zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen gramlos gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbarmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde lange und sich rückenhalter ihnen gegenüber wieder aufrichte, scheitern stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eignen Zwecke, als die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen: Die Rhodus, sie ist da.“

Mit erstaunlicher Präzision ist in diesen Worten das Wesen der proletarischen Revolution gezeichnet, und wenn wir sie auf die Ereignisse in Deutschland, in Rußland, in Österreich usw. seit den denkwürdigen Herbsttagen 1918 vergleichend anwenden, so finden wir erheblich mehr Merkmale, die auf das Zutreffende der gegenwärtigen Revolutionsperiode mit den von Marx geschilderten proletarisch-revolutionären Perioden des 19. Jahrhunderts hinweisen. Dabei dürfen scheinbare Abweichungen nicht unterdrückt, ebenso sehr aber nicht allzu schwer genommen werden: es war ein müdes, ausgehungertes Volk, das sich in verzweifelter Kraftanstrengung im Jahre 1918 erhob, um die unerträglich lastenden Ketten von sich zu werfen. Wer wagt es, abgesehen darüber zu urteilen, daß einem solchen Volk der geistige Glanz und die große Weite abhanden gekommen war! Im Beginn der revolutionären Epoche des 20. Jahrhunderts drohten — und das ist für diese Epoche entscheidend — die Schritte der Arbeiterbataillone. Die Zukunft, die der Arbeiterklasse gehört, wurde, von ihr eröffnet.

Dr. Werner-Peiser.

Stolzer November.

Von Hans Bauer.

4. August 14 — — 9. November 18: das sind nicht nur Marksteine deutscher Geschichte, sondern hoch darüber hinaus Grenzmarksteine menschlicher Seelenhaltung.

Mögen die um Rudendorff schon dieses Datum als das des Zusammenbruchs, keines als das der nationalen Erhebung in ihren Kalendern führen. Wir wissen es besser, daß der 4. August unsern Zusammenbruch bedeutete, indem er die einleitete, und der 9. November die Erhebung, indem er die definitive Liquidierte, die zum Zusammenbruch geführt hatte. Es soll heute nicht darüber geredet werden, daß der 9. November in der Folgezeit manches unerfüllt ließ: kein Atem war groß und rein. Der Geist des revolutionären Wesens an der Front und zu Haus war lauer. Er war kein Hochgefühl, der in die Zukunft warf und auf die Schatulle führte, keiner, der plünderte und anzündete. Das Dera der Revolutionäre war erhaben. Es ging ihnen nicht um Anrechnung anderer. Es ging ihnen um ihre Befreiung. Große Worte fielen. Tönende Ansprachen wurden gehalten. Vieles war schwierig daran. Es wimmelte von Morgenrot und Aufbruch und Freiheit und Brüderlichkeit. Es war vieles verkommen und unfertig. Aber gerade darin offenbarte sich der Aufbruch der Herzen, das geistige Moment, die aus einer heißen Sehnsucht geborene Wucht der Bewegung.

Wer lebenden Anwesenden die Novembertage draußen mitteilt hat, der weiß, daß nur breite Verlogenheit das, was damals geschah, als Ausfluß plamäffiger Bearbeitung bezeichnen kann. Was geschah, das war elementar. Das lag damals einfach in der Luft, daß das nun ein Ende haben mußte, daß der gemeine Soldat seinen Offizieren unbedingt untergeordnet sei, daß die in bombastischen Umräumen saßen, während er Grabenbesuch suchte, daß diese überall auf der Bahnfahrt beim Arzt, in der Kantine, über- und überall bevorzugt wurden. Das lag damals in der Luft, daß die militärischen Märsche, eine Explosion in den Seelen derer zur Folge haben mußten, die in sie geführt werden waren. Es ging damals nicht um Diktatorien. Es ging um große Menschlichkeit. Es ging um die Erfüllung anderer Sehnsüchte.

Es mußte über dieser ewigen Todeswunde im Schlingengraben, diesem Wüstenwüsten der Kriegseindurke in der Heimat, der heftigen Unterdrücktheit in Charge und Würde ein anderes geben. Dieses Anders, Bessere suchten sie.

Was zu fordern wäre, das suchten in den Tagen des Umsturzes die nicht, die die roten Fahnen an den Umläuterungen anzogen. Sie wußten nur, daß das Alte eingestrichen werden mußte, wenn irgendwas Neues aufgerichtet werden sollte.

Was immer auch aus der Zeit jener Tage ward: Die sie enthielten, gehören zum Deutschland, das wir lieben. Wir sind stolz auf die Umsturzstage des November.

Sie waren nicht die Vollendung, aber sie waren ein Beginn.

Sabt ihr vergessen?

Wer kennt eigentlich heute noch die Stimmung der Soldaten, die am 9. November gegen ein System rebellierten, das jahrelang Erwachsene und mündige Männer zu Soldaten herabgedrückt hat? Wer erinnert sich heute noch der unzähligen demütigenden Beschuldigungen der persönlichen Freiheit, die sich der hochgepriesene und gefeierte Vaterlandsverteidiger auf Schritt und Tritt gefallen lassen mußte? — Wer mir liegt ein gedrucktes Blatt an dessen Kopf heft: „Sofort lesen! Befehle der Kommandantur Breslau“. Bei diesen Worten fällt wohl manchem ehemaligen Feldherren ein, wie ihm, wenn er auf Urlaub nach Hause oder aus sonst einem Grunde in die Heimat kam, sofort an der Bahnhofskontrolle ein gedruckter Kommandanturbefehl in die Hand gegeben wurde. Diese Kommandanturbefehle schneiten einander sehr, und der Breslauer kann hier als Beispiel für hundert gleiche stehen. In ihm heißt es:

„Der Anzug muß stets vorbildlich sein, vollständig und sauber sein. Es ist unzulässig, den Mantel nach außen oder teilweise offen oder umgehängt zu tragen. Auf geraden Hüften ist zu stehen.“

Es ist strenge Pflicht, auf der Straße und im Theater stets unausgezeichnet mit der Waffe zu erscheinen. Sofern keine Waffe vorhanden ist, muß das Koppel unausgezeichnet werden. Nur erkrankte, Kranke und Gekündete sind von der Verpflichtung des Tragens der Waffe und des Koppels entbunden, wenn sie einen entsprechenden Ausweis ihres Parazets mit sich führen. Auch ein Stock darf nur im Ausnahmefalle getragen werden.

Verboten ist das Tragen von Offiziersfeldzeichen, von rotbraunen Handschuhen, Schnürschuhen und Samaten, sowie von Wästelgarnituren, sofern diese nicht von der betreffenden Kommandantur vorgegeben sind.

Das Anlegen von Trauerfloran ist Unteroffizieren und Mannschaften nicht gestattet. Ebenso ist das Tragen von Erinnerungszichen (Plaketten) untersagt, wenn nicht eine ausdrückliche Genehmigung zum Tragen erteilt ist.

Auf Kramme und vorchristliche Ehrenbezeichnungen wird besonders hingewiesen. Sie sind auch dann auszuführen, wenn der Untergeordnete sich vom Vorgesetzten ungeliebt fühlt. Unteroffiziere sind zur Erwidern der Ehrenbezeichnung verpflichtet.

Das Einhalten in den Arm von Begleitpersonen ist untersagt.

Es ist streng untersagt, um Liebesgaben oder sonstige Zuwendungen zu werben. Zuwendungen werden als Bestechung bestraft.

Das Stehenbleiben bei Straßenankünften, auch nur als Zuschauer, ist streng verboten.

Verbotene Lokale: (sollat Zitat.)

In dieser Tonart geht es noch weiter. Durch eine Masse kleinlicher seitlicher Bestimmungen und gebaute Strafordnungen wurde dem heimkehrenden Soldaten sofort sein Urlaub verweigert. Natürlich galt das alles nur für Mannschaften. Die Vorherrschaft der Offiziere sah ganz anders aus. Sie hatten sogar das Recht, für ihre verstorbenen oder gefallenen Angehörigen Trauer zu tragen. Daß man es den Mannschaften verbot, hat oft namenlose Erbitterung erregt. Charakteristisch ist auch, daß nur Unteroffiziere, nicht Offiziere zum Gengarn verpflichtet waren.

Das enthält der Breslauer Befehl, — er trägt das Datum vom 27. Februar 1915 — noch nicht einmal alle Schikanen, die ein Kommandanturbefehl erlassen konnte. In Thorn z. B. waren die Mannschaften verpflichtet, beim Grünen eines Offiziers vom Bürgersteig auf den Fahrdamm hinunterzutreten. Zwei Feldwebel mit dreizehn- bis fünfzehnjähriger adelstößer Dienzeit sind in Thorn tatsächlich mit Arsch bestraft worden, weil sie beim Grün auf dem Bürgersteig geblieben waren. Auch hier galt der Befehl, nur umgehängt die Straßen zu betreten. Ansolche Befehle konnten zahlreiche Gekündete keinen Staburkauf erhalten, weil in den Kasernen keine Koppel für sie vorhanden waren. Der heilige Befehl alia vor.

Natürlich haben die Urheber solcher Befehle nie darüber nachgedacht, wie diese auf die Stimmung der Mannschaften wirkten. Daß sie es heute noch nicht beargen, ist nur dem erklärlich, der die Sinne dieser Herren kennt. Musik.

Stigge von P o n.

Heißt das also zufrieden.

Mit diesen kleinen Herzerlichkeiten schling ich dich ein
 Mehr Tag für Tag herum, ohne einen ernstlichen Schritt
 zur Abhilfe zu wagen.

Und er heulte. Er war Demokrat geworden und legte sich in Reden und Schriften für eine vollständige Demokratisierung der Kultur ein. Ein Stück, den Aofel in einer Feindschaft auf dem Schachtelisch fand, begann und schloß mit dem geistreichsten Imperator: „Nicht und Nicht dem ganzen Volke“.

Da mußte Josef an seine enge, dunkle Kammer denken. Und er meinte, nun werde der Herr Doktor ihm bald einen freundlicheren Raum anweisen, vielleicht die kleine, hübsche Dinerküche, die alle Aufschlupfer mal als Esszimmer benutzt wurde. Wenn wirklich so ein solcher Befehl kam, ließ er sich schon noch in einem der Vorderzimmer unterbringen.

Aber Herr Zentheim kam nicht auf Hofers Idee. Wie ja überhaupt und sehr schlaamerweise manche Leute, die die ganze Welt zu erlösen trachten, außerordentlich blind sind für die Nothe derer, die in ihrer Nähe leben. So sagte sich denn Hofel eines Tages ein Herz aus und trachte den Dofier auf die Idee. Der war ganz perler.

Was fällt Sie Ihnen ein? Was sind Sie Revolutionen aus
hervor gekommen?"

„Ich glaube nicht, das es wahrlich ist. Mir fehlt da jedes Götze. Und die Luft wird manchmal auch sauer. Und Herr Doktor haben doch selbst geschrieben: „Sohn und Zeit dem neuen Welt.““

„Gefährlich, das ist doch symbolisch gemeint.“

"Du bist! Du bist ein Mann der Welt! Du, du willst
für die Welt Dofter sein! nicht mehr von einem Götze-
kapi hängen lassen. Du werde gehen."

Und Geist lehrte seinem Herrn den Sünden. Besch ließ
in seine Kammer und begann seinen Helfer zu rufen.

Der Doktor wandte sich jetzt inmitten seiner Suche und fürchte die Stille. „Was als Unbequemlichkeiten bei man von der Revolution. Ich kann ihn doch nicht lauten lassen? Denn was soll mich zittern, wer soll Diana können und ihr die Seele abgeben?“

Diese Stelle transkribiert amput, ferner mit nachfolgend mit dem Namen:

Der Gontzheim hatte sein Gefährte denn allenthalben in mehrmalige Zellen, trat hinaus an Tag und Nacht in milde Pausen: „Wohin, mein Lieber eher Gefährte! Das wird uns trüben haben kann natürlich auch; und der seine Erde sein. Warten Sie das von Ihnen gemächtig Fremden.“

stimmer . . . ja, auch Sie sage ich jetzt zu dir . . . aus freien Stücken. Denn wir leben in einer Republik, und man muß seine Ideale auch in die Wirklichkeit umzusetzen suchen.

Goldlöhne auf den deutschen Schiffswerken. Bei den deutschen Schiffswerken ist durch ihre Vereinbarungen eine Vorgehensregelung nach folgendem Grundsatz aufgestellt worden: Die Löhne werden in Rechnungs-Schwiebennoten festgesetzt und abgerechnet unter Berücksichtigung des amtlichen Zeitumms und des Dollarkurses. Der für hiernach ergebende Stundenverdienst für den gelernten Arbeiter in Hamburg (Eigenlohn) beträgt 40 Goldpfennige. Der Stundenverdienst des gelernten Arbeiters bei den Hamburg'schen Werften vor dem Kriege betrug 64 Goldpfennige. Für die Seemanns- und Schiffsbauerschaft vom 1. November d. J. ab eine Vorgehensregelung getroffen, die den Seeleuten aller Grade eine Entlohnung in Höhe von 80 Prozent der Friedensgehälter gewährt. Soweit der Lohn noch nicht in vollem Umlaufe in verbrieflichen Zahlungsmitteln gezahlt werden kann, erfolgt die Zahlung in Papiermark zum Kurse der Goldmark.

Die Freile der deutschen Eisen- und Stahlindustrie, die den gesamten Verbrauch ungeheuerlich belegen, werden jetzt selbst den Eisenhändlern an hundert. Die wirtschaftliche Vereinigung der Eisenhändler Deutschlands hat jetzt in ihrer höchsten außerordentlichen Mitgliedereversammlung eine einstimmige Entschickung gefaßt, worin zum Ausdruck gebracht wird, daß die derzeitigen Beschlüsse des Niedrpreisaußschusses des Deutschen Stahlbundes mit den Lebensnormenbestimmungen des Handels und seiner Abnehmer nicht in Einklang gebracht werden könnten. Sie seien technisch nicht durchführbar und nicht erträglich. Die Vereinigung sei nicht mehr länger in der Lage, die Verantwortung für die Beschlüsse des Niedrpreisaußschusses mitzutragen. Sie halte daher ihre Mitglieder an die Beschlüsse des Niedrpreisaußschusses nicht mehr gebunden.

Neue Erwerbungen Stinnes'. Schmolß Hugo Stinnes neuerdings sich sehr stark auf politischem Gebiete betätigt, hat er noch viel Zeit zur Angliederung neuer Unternehmungen gefunden. Da in zunächst einmal ein scharfer, systematischer Vorstoß in die Glasindustrie durch Verschmelzung an großen Erzeugerwerken und die Erwerbung neuer Patente. Für ein neues Verfahren hofft er, sich in absehbarer Zeit eine bedeutende Position in der Glasindustrie zu erwerben. Auf dem Gebiet des Erdöls sind innerhalb des Stinnes-Konzerns eifrig Bemühungen im Gange. Zunächst einmal ist in den letzten Tagen die Hugo Stinnes-Montan- und Oel-A.G. erweitert worden durch Ankauf sämtlicher Aare der Gesellschaft Concord in Nachriedt bei Mandeburg. Es soll hiermit die deutsche Produktionsbasis für Erdöl erweitert werden. Darüber hinaus kommt die Nachricht, daß auch die außerdeutschen Petroleuminteressen des Stinnes-Konzerns erweitert werden sind. Hugo Stinnes, Falck und Mining and Oil Corp.²², eine neugegründete Firma der amerikanischen Petroleumindustrie, soll über ein Kapital von 25 Millionen Dollar verfügen und den Erwerb von Petroleuminteressen in Texas, Argentinien, Persien und im fernem Osten beschließen. Auch die Version, daß Stinnes die Feder-Gruppe in sich aufnehmen wolle, ist ein bedeutendes Gerede. Von der Frankfurter Glasgesellschaft des Stinnes in der letzten Zeit große Aktiennotizen erworben. Das steht wiederum mit dem allgemeinen Interesse des Stinnes-Konzerns an den deutschen Glaswerken, mit denen er in schon durch seine Beteiligung an der Industrie- und Handelsvereinigung deutscher Glaswerke L.G. eng verbunden ist. Stinnes besitzt jetzt auch die Aktienmehrheit von Salzmeyer. Die Lebmeyer-Gruppe, die ursprünglich der H.G. nahestand, ist nun dieser Isola-Gesellschaft zugefallen. Die vielen einzelnen Gründungen des Konzerns können gar nicht mehr revidiert werden. Dagegen wird schließlich von beherrschender Bedeutung sein die Verknüpfung sich umfassen der Oel-, Salz-, Gruppe und Stinnes-Verwandtschaft. Hier herum ist eine neue Situation herauszubilden.

Löhne und Lebenshaltung in den Vereinigten Staaten. Die Kosten für die Lebenshaltung waren in Amerika im Juli dieses Jahres 61,9 Prozent über dem Stand vom Juli 1914, was gegenüber dem Höchststand vom Juli 1920 einen Rückgang von 20,8 Prozent bedeuten. Mancherorts steigen sie auch in der letzten Zeit noch, die Mieten und zwar noch über den höchsten Stand vom Frühjahr 1922 hinaus, wo sie um 71 Prozent höher waren als im Juli 1914. Bis auf 75 Prozent über den Friedensstand im Juli dieses Jahres. Die materielle Steigerung der Lebenskosten

hat im März 1922 eingefest und bekauft sich bis Juli dieses Jahres auf 4,7 Prozent, davon allein in den Monaten März bis Juli dieses Jahres auf 1,7 Prozent. Dabei steht in erster Linie die schlechte Kartoffel mit einer 147prozentigen Steigerung seit 1914. Wie verhalten sich Steigerung der Lebenskosten und Verdienst des Arbeiters zueinander? Die Reallohne des amerikanischen Arbeiters haben sich die ganze Zeit, seit Juli 1914, auch die Zeit der stärksten Fenerung im Jahre 1920 nicht ausgenommen, über dem Niveau von 1914 gehalten, mit anderen Worten: der amerikanische Arbeiter ist gegenwärtig besser gestellt als vor dem Krieg. Ende Juni des Jahres waren die Realwochenlöhne um 25 Prozent höher als im Juli 1914.

Krise in der chemischen Industrie Rußlands. In-
folge der Abwärtskrisis ist in Petersburg eine Reihe von
privaten Unternehmen der chemischen Industrie ge-
schlossen worden. Von den nicht geschlossenen Fabriken
arbeitet ein Teil nur 3 bis 4 Tage in der Woche.

Zwei genehmigliche Austritte. Bernhard Rausch, früher Redakteur der Parteizeitungen in Kiel, Kottbus und Saarbrücken, jetzt Angestellter in der Zentrale für Heimatsdienst, hat seinen Austritt aus der sozialdemokratischen Partei angezeigt und eine sehr lange Begründung dafür beigefügt. Den ganzen Brief läßt er durch die schmerindustrialische „Telegraphen-Union“ an alle deutschen Zeitungen verbreiten. Auch die Danziger Neuesten Nachrichten drucken ihn mit Befügen ab. Als Grund für seinen Schritt bezeichnet Rausch, der seit je ein Verfechter der großen Koalition war, das angebliche Verlangen der Partei in staatspolitischer Hinsicht. — Auch der bisherige sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Emil Rabold hat den Austritt aus der Partei vollzogen. Ihm ist wiederum die Partei zu staatspolitisch gerichtet.

Note Stimmzettel in einem Kloster. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ schreibt: Unter den Insassen des Klosters Zams herrscht heftige Aufregung. Die Klosterfrauen schwärzen seit her umher wie ein aufgeschreckter Ameisenhaufen. Die Aufregung ist allerdings nur zu begreiflich, denn die Wahl hat das Schreckliche geoffenbart: Anmitten der schwarzen Lämmerherde hausten zwei rote Wölfe! Das Kloster bildet nämlich einen eigenen Wahlbezirk, in dem zwei sozialdemokratische Stimmzettel abgegeben wurden, trotzdem alle erdenklichen Vorkehrungsmaßregeln angewendet wurden, um von den Klosterinsassen die rote Stimmzettelscheie fernzuhalten. Note Wähler in einem Kloster! Das kann nur der Teufel verrückt angestiftet haben!

Deutsche Stimmen bei den Gemeindevahlen in der
Tischhofenowakei. Eine vorläufige Uebersicht des Innen-
ministeriums über die abgeschlossenen Gemeindevahlen
zeigt, daß sich bei der Wahl am 16. September folgende
Ziffern für die deutschen Parteien ergeben haben: Bund der
Landwirte 118 000 Stimmen, Deutsche Nationalpartei 84 000,
Christlich-soziale Partei 106 000, Deutsche Sozialdemokratische
Arbeiterpartei 257 000, Deutsche Gewerbevortei 38 000, Kom-
munisten 80 000 Stimmen. In Orten, wo eine Wahl infolge
Einigung der Parteien entfiel, rechnet das Innenmini-
sterium auf folgende Stimmzahlen der deutschen Parteien:
Bund der Landwirte 150 000, Sozialdemokraten 16 000,
Deutsche Nationalpartei 13 000, Deutsche Gewerbevortei 2000.
Damit hätte der Bund der Landwirte mit 268 000 Stimmen
die Sozialdemokratie nahezu erreicht. Insgesamt sind für
die deutschen Parteien nach dieser Statistik 864 000 Stimmen
abgegeben worden.

Der deutsche Billionenreue. Milliarden Scheine gehören jetzt schon zu dem täglichen Kleinreth. In diesen Tagen hat die Reichsbank Scheine über 50 und 200 Milliarden Mark ausgegeben. Jetzt folgen Billionenscheine und zwar zu 1, 5, 10 und 100 Billionen. Der Weg bis zu Trillionscheinen ist nun nicht mehr weit.

Pazifistische Studententagung. Eine Werbeveranstaltung für Frieden und Völkerverbrüderung veranstaltet am 12., 14., 16. und 18. November der Pazifistische Studentenzirkel an der Universität Berlin. Es sprechen Dr. Kurt Hiller über Prinzipienlehre des Pazifismus, Frau Dr. S. Wegscheider, M. d. L., über Hochschule und Pazifismus, Frau Professor Dr. Siemsen über den Mut zum Pazifismus, Fritz Kortner trägt pazifistische Dichtungen von Hölderlin, Wedekind, Brecht, Altenberg, Baudelaire vor.

Der Bürgerkrieg brannte wieder auf. Die Horden räumten die Städte und lösten am nächsten Morgen feinen die Asche an. Das Land war überzogen vom Krieg und von der Revolution. Die Eisenbahnen waren erbrochen, die Fabriken rangen um ihr Dasein. Cholera und Typhus mähren unter der Bevölkerung. Die Plöcke riegelte das Land ab und erbrachte viele Tausende. Die Verarmung stieg. Gott war geloben aber hatte sein Haus verfallen, Teufel regierten die Erde. Die Juden waren an allem schuld. Hatten Sie nicht unseren Herrn und Heiland aus Kreuz getilgt? Hatten Sie nicht kleine Christenfinder geschlachtet. Ihrem verdammten Gott zur Ehre? Die Horden köllten die Haut. Ab und zu wurde in den Dörfern ein Jude erschlagen.

Dann trafen die Schiffe an und brachten die Kunde
 mit, daß heilige Märtyrer Blut ausströmen, weil
 der Jude sehr böse die Juden war. Schien es den
 vorangegangenen Sünden an. „Schien die Juden war“,
 brachten die Sünden zurück, und die ersten Märtyrer
 bezeugen. Die Juden in der Urkunde haben und
 können. Die ersten wandern aus und leben, aber
 die ersten Märtyrer in ihrem schmerzlichen Leben und
 Leben, aus der Geschichte zum Erleben zurück.
 Die ersten Märtyrer. Gefährdungen und Märtyr-
 tumen haben ein Leben wurden verweigert.
 Aus der Sünden waren das auf die Juden.

Wohin das Geld hing. Wer war unerschwinglich, sollte und Hunger martern und Geld angeschlossen werden. Die Deutschen setzen weiter durch das Land, Kinder starben alle. Mütter verhungerten. Dann kam der Winter und der Hunger. Die Deutschen ließen nur einen einzigen Mann zurück, einen Mann, der einem jeden einen Stock zu ließ. Sie brachten in jedem Haus ein wenig Nahrung, aber das große Elend blieb noch im Land. In der Hungerzeit suchten alle Deutschen auf dem Marktplatz zusammen und um ihren letzten Rest zu geben. Ein barmherziger Mann brachte ihnen die Kinder und nannte sie auf. Ein

Derer hatte das Geruch verbreitet. Die Juden hätten ein Christenkind abgetödtet, die kleine Elena, deren Leichnam er beim Juden Denteles gefunden haben wollte. Die Juden des Südländ Leichnam auf den Platz, wo die Juden in der Winterfeste, 6 Wochen und vier Tage, eintrud, wimmerten und schrien. Der Herrmann der Heiligen des der Leichnam des Mädchens hoch, er sprach: „Du, was sagt ihr Juden? Denteles, marmont!“

[illegible]

Der Wirtshausbesitzer war ein einziger Schelch, in dem die verschiedensten Mischungen kochten. Die Wünsche der Gäste waren meistens große Scherze, fragten nach die Eltern verführten und schickten. Das hing auf, ein ganzlicher Schelch in dem Himmel, aber kein Gott kann rühmend und Guts. Als nun die Soldaten angesetzt hatten, legten sie ihre Felle in eine Reihe. Männer, Frauen und Kinder und schoben sie ab.

Dem Wächling kamen die Rosen wieder, aber die kleine, hübsche Stadt lag in Schutt und Asche. Die Schulen waren vernichtet, die Straßeln der Arbeiterkinder die Ruine der Bienen, die Konvente, alle nur die auf die neuen Grundmauern aufgebaut waren. Von den schrecklichen Elendebauern waren keine Leichen gefunden, sondern nur die Leichen und Gebeine derer, die unter den Kugeln der Feinde umgekommen waren. Und noch in den Wäldern, die die Feinde nicht haben wollten, als die Rosen ein neues Leben aus den Aschen zu Gabe, die ersten

über, als sie den Soldaten die Straßen und Plätze zeigten, die von halbaufgefressenen Händen und Füßen menschlicher Leichname überlät waren. Sie zeigten ihnen die Hunde, die sich von Leichen genährt hatten, sie zeigten das Trümmerfeld des Hauses der Dreihundert, sie zeigten die elternlosen Kinder, sie deuteten nach Osten, Westen und Süden, wo die anderen Dörfer und Städte geplünder hatten, sie zeigten in diese Landschaft wie in ein Grab, in dem vierzehntausend Hingerichtete blutig verankert.

Ein Jüngling, dem Gemügel enthronen, brachte einen Kopf, den er unter den Trümmern seines Hauses gefunden hatte, eingetrodnet, gelb und mumienhaft mit langem, wirrem Haar. „Seht“, schrie er, „wir leben mit den Toten in einem Haus!“ Die Frauen weinten, die Kinder wehklagten, die Männer litten mit tränenlosen Gesichtern. Ein Greis brachte die Totenbücher und schlug sie auf, die endlose Reihe der Schlachtopfer.

Der junge Jude warf den Kopf zur Erde. Er erhob seine Stimme und redete, nein, brüllte die Verzweiflung der verzweifelten Stadt den roten Soldaten ins Gesicht: Wir haben in der ersten Woche begraben dreitausendhundert Leut! Ich arbeit seit dem zwölften Jahr: Was hab ich verdient mit meinem blutigen Schweiß? Das Heud und die Hos', was ich trag auf meinem Leib. Meine Leut sind tot, ich bin geblieben, wie ein Finger geblieben ist von der ganzen Hand! Vergeht nicht die armen Jüd von dieser Kaputtten Stadt!

Er schwieg erschöpft. Aus der Reihe der Soldaten
stieg eine Stimme, klar und einfach: „Es lebe die Macht
der Arbeiterklasse!“ Die Verzweifelten hoben ihre
Köpfe. Die matten Blicke suchten: Waren die Weiss-
sagungen erfüllt? War der Messias unter ihnen?
Kosentern, der neue Sorünger der Gemeinde, stimmte
einen Psalm an, in den alle laut und inbrünstig ein-
stimmten:

„Denn uns ist ein Kind geboren, ein Sohn ist uns
gegeben, und die Herrschaft ist auf seiner Schulter, und
er heißt Wunderbar, Rat, Kraft, Held, Ewig-Vater,
Friedefürst.“ Mag Barthel

Danziger Nachrichten.

Bezirksleiter und Vertrauensleute der D.S.P.D.
Am Sonntag findet wiederum eine Flugblattverbreitung in Danzig und den Vororten statt. Das Material ist am Sonnabend im Parteibureau in Empfang zu nehmen.
Die Vertrauensleute aller Bezirke treffen sich wieder am Sonnabend in den bekannten Lokalen.
Die Parteileitung.
*
Arbeiter-Radsportverein „Vorwärts“.
Die Genossen werden ersucht, das Material für die Flugblattverbreitung am Sonnabend im Parteibureau, Am Spandhaus 6, in Empfang zu nehmen.
*
Achtung! Parteimitglieder!
Alle Mitglieder unserer Partei, die uns noch bei der Abschreibung unserer Wahllisten behilflich sein können, bitten wir, sich jeden Abend um 5 Uhr in der Riebertafel, im Zimmer des Wahlamtes, Poggendorf 49, einzufinden. Der Eingang befindet sich in der Fleischergasse.

Einen großen Reifall erlebte die Deutsche Partei für Fortschritt und Wirtschaft in einer gestern abend nach dem Schützenhaus einberufenen Beamtenversammlung. Als Zugkraft war der deutsche Reichstagsabgeordnete Delius angekündigt, jedoch nicht erschienen. An seiner Stelle sprach der Reichstagsabgeordnete und Senator Förster. Er konnte jedoch keinen Eindruck erzielen und wurde durch viele Zurufe unterbrochen. Dann versuchte Abg. Hennke, die Besucher der Versammlung für die Deutsche Partei zu begeistern. Aber auch er hatte keinen nennenswerten Erfolg. In der Diskussion sprachen neben einzelnen Rednern der Deutschsozialen die Beamten sich für die Sozialdemokratie aus. Die Versammlung löste sich schließlich in einzelne Gruppen auf, die sich um die auf Tischen postierten Redner scharten. Die Versammlung zeigte, daß die Deutsche Partei auch in den Kreisen der Beamten auf keine große Gefolgschaft rechnen kann.

Guldenpreise auf der Strassenbahn. In einer Bekanntmachung der Strassenbahndirektion im heutigen Anzeigenblatt unserer Zeitung wird darauf hingewiesen, daß von Sonnabend, den 10. November, an gemäß dem Gesetz über den Zwischengulden (Industriecheck) als Zahlungsmittel auf der Strassenbahn nicht mehr angenommen werden. Von diesem Tage an betragen die Einzelfahrtspreise in Guldenpfennigen berechnet: für die bisherige 10-Pfg.-Strecke 13 Danziger Pfg., für die 15-Pfg.-Strecke 19 Danz. Pfg., für die 20-Pfg.-Strecke 25 Danz. Pfg., für die 25-Pfg.-Strecke 32 Danz. Pfg., für die 30-Pfg.-Strecke 38 Danz. Pfg.

Ankündigung in förmlicher Abhängigkeit. Dr. med. Gaertner, der Begründer des Danziger Volksbades, hat demnach einen Antritt in förmlicher Abhängigkeit durch Vorküber nun im Volksbade. Angekündigt ist die weitere glückliche Verheiratung und ein guter Lohn gegen die Beichte in der Abhängigkeit. Der Antritt ist also recht seltsam. Er wird unentgeltlich gegeben.
Geldsäufliches. Die bekannte Schmiedefirma Pfau, Schmiededamm, hat nach vollständigem Umbau ihr Geschäftsfeld wieder eröffnet. Die Räume sind neu einrichtet und ermöglichen schnelle und prompte Abfertigung. Es wird das Vertrauen der Firma sein, auch in Zukunft das bisherige reelle Geschäftsprinzip aufrecht zu erhalten.

Standesamt vom 9. November 1923.
Todesfälle. Frau Caroline Gehr geb. Miesling, 71 J. — Frau Henriette Harpewski, 58 J. 5 Mon. — Frau Elisabeth Warchewski geb. Moud, 5 J. 6 Mon. — Dolzarbeiter Hermann Harpel, 69 J. 1 Mon. — Witwe Marie Bloß geb. Jafobi, 73 J. 4 Mon. — Frau Wilhelmine Hartmann geb. Jafobi, 61 J. 1 Mon. — Frau Wilm, 71 J. 1 Mon. — 21 J. 8 Mon. — Büreauhilfsin Nanina Bach, 28 J. 2 Mon. — S. d. Schmieds Hans Wonn, 6 Mon. — Rentier Karl Wonn, 92 J. 1 Mon.
Verantwortlich: für Politik Ernst Vooss, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Anserate Anton Kopsen, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von A. Gehl u. Co., Danzig.

Billiges Herbst-Angebot!

Herren-Halbschuh echt Box calf, moderne, spitze Form, Rahmenarbeit, in allen Größen. 19⁸⁰ Gulden	Herrnstiefel aus kräftigem Rindbox, sehr gut verarbeitet. . . . Größe 40-46 16⁹⁰ Gulden	Damen-Halbschuh Prima Rindbox, schön. Form, amer. Absatz, kräft. Unterbod. Gr. 36-42 12⁷⁵ Gulden
---	--	---

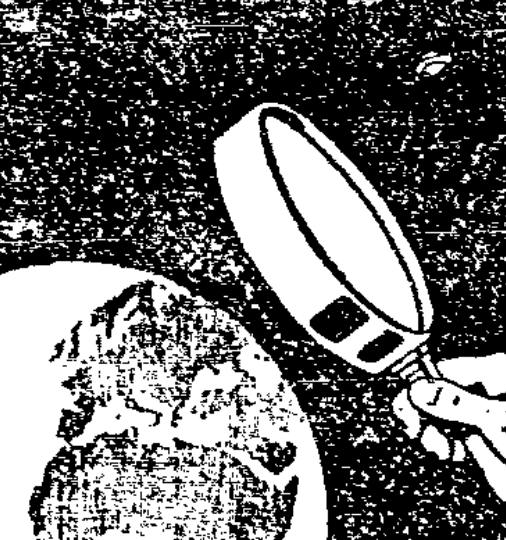


Das Haus für Qualitäts-Schuhwaren
Große Wollwebergasse 3 • Langgasse 10 • LANGEFUHR: Hauptstraße 117

Centralverein Danziger Staatsbürger jüdischen Glaubens.
Mitglieder-Versammlung
Sonnabend, den 10. November, 8 1/2 Uhr
Aula der Reichshd. Mittelschule
Poggendorf 49.
Eingeführte jüdische Gäste willkommen.
111271 Der Borkard

Jeder verdient Geld
Wir suchen für jeden Montag Strassenverkäufer für die neue, große Montagszeitung (Danziger Rundschau) und gewähren außer festem Lohn Provision von dem Verkauf der Zeitungen. Auch Leute, die noch keine Zeitungen verkaufen haben, können sich melden. Leichte Verdienstmöglichkeit für Frauen, junge Mädchen u. Burken. Jeder sucht wir 5 bis 8 P. eckatträger gegen einen Lohn. Meldungen jeden Montag, morgens 1 1/2 Uhr im Spandhaus Nr. 6, Hof. 11122

Große Werte
stehen in den Bodenkammern. Verkauft werden Sie, was entbehrlich ist. Eine Anzeige in der **Danziger Volksstimme** wirkt Käufer. Kleine Anzeigen in der „Danziger Volksstimme“ sind billig und erfolgreich.



KOSMOS
Gesellschaft der Naturfreunde
bietet für jedermann einen
billigen und guten
Lesestoff
Belehrend :: Unterhaltend
Jedes Mitglied erhält jährlich 12 reich illustrierte Monatshefte und 1 Bücher erster Schriftsteller, ausserdem
Preis-Vergünstigungen
beim Bezug aller Kosmos-Veröffentlichungen.
Anmeldung ohne jede Buchhandlung oder bei der Geschäftsstelle des Kosmos, Stuttgart. Prospekt kostenlos.

Konkurrenz haben und Konkurrent zu sein

ist unvermeidlich! Durch Neufestsetzung in Guldenpreisen habe ich meine Waren nochmals einer genauen Kalkulation unterzogen und hoffe, mit meinen Preisen die Höchstgrenze der Billigkeit erreicht zu haben, um jede Konkurrenz zu schlagen. Zur Neueinführung der Guldenpreise einige Beispiele:

Herren-Anzüge **Rock-Anzüge**
Schwedenmäntel **Raglans**
82⁵⁰ 55⁰⁰ 44⁰⁰ 39⁵⁰ 33⁰⁰ 29⁵⁰ Gulden und höher
Herren-Hosen 16⁰⁰ 12⁵⁰ 8⁷⁵ 5⁵⁰ Gulden und höher

Großes Stofflager :: Verkauf auch meterweise

Maßanfertigung unter Garantie für guten Sitz.
Neu aufgenommen:
Sämtliche Herrenartikel, wie Oberhemden, Hüte, Mützen, Krawatten, Selbstbinder, Trikotagen, Einsatzhemden, Sportwesten, Handschuhe, Hosenträger und Strümpfe.
Auf Teilzahlung reserviere ich gekaufte Gegenstände bis 6 Wochen.

Braun's Konfektions-Haus
15 Vorstädtischer Graben 15
(Ecke Fleischergasse).
Beachten Sie die Auslagen meiner drei Schaufenster.

Bei Wahl eines **Anzug-, Kostüm- oder Mantelstoffes** empfehlen wir der werten Kundschaft, sich von unserer Leistungsfähigkeit zu überzeugen. Außerdem unterhalten wir ein reichhaltiges Lager in **sämtlichen Futterstoffen.**
Tuchhaus
Neumann & Toczek
1 Damm 21. Telephone 7287.

Fast neuer Anzug
(Gr. 1,70) zu verkaufen.
Schramm, (†
Borstadt Graben 57.
Preisw. zu verhand.
neuer Smoking, Hut und 1 Paar neue Damen Schuhe (Gr. 35). Freitag, in der Zeit von 1-3 Uhr. (†
Fleischerg. 56/59, vt. rechts.
Kleiner Raum
passend z. Tischlerei, zu mieten gesucht. Offert. unter 1870 an die Exped. der Volksstimme.

„Herden“ im Gebrauch viel billiger. Erhältlich in allen Apotheken